

Abonnements werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen. Weggpreis monatlich 1,60 Reichsmark zuzügl. Postgeb. Das Letztere Kreisblatt erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Bülowstraße 87.



Anzeigen werden im Verlage: Berlin W 35, Bülowstraße 87, von unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die 6spaltige Millimeterzeile oder deren Raum kostet 14 Pfennig, die 3spaltige Kleinzeile im Reklametitel und an der Spitze des Blattes 1,25 Reichsmark. Abonnenten erhalten auf Familienanzeigen 25 Prozent Rabatt. Kl. Anzeigen: Das Wort 10 Pf., fette Wörter 20 Pf.

Weltower Kreisblatt

Versprech-Anschluss: Sammel-Nr. B 2 Bülow 671.

Täglich erscheinende Zeitung.

Postsekretariat: Berlin 1519 51.

Nr. 292.

Berlin, Montag, den 12. Dezember 1932.

77. Jahrg.

Ämtliches.

Weitere ämtliche Bekanntmachungen sind im Inseratenteil dieser Nummer veröffentlicht.

A. VII. M. 272. Selene Meul, Fr. Sonnenland G. m. b. H., Peter Gastedt, August Fischer in Berlin, Erich Glöck, Mathow, Ernst Müller, Ludwigselde, Friedrich Krüger, Rehagen, Gill G. H. F., Teltow, Wilhelm Schulz, Widau, Werner Rolke, Königswinterhausen, beantragen die Erteilung der Anschließungsgenehmigung für ihre Grundstücke in Blauenfelde, Dahlewig, Gladow, Ludwigselde, Rehagen, Schulzendorf, Teltow, Widau und Zeelen. Etwaige Einträge gegen die Anschließung in Rehagen können binnen 21 Tagen, in den übrigen Gemeinden binnen 7 Tagen bei uns erhoben werden. Die Pläne liegen bei dem Gemeindevorsteher bzw. bei dem Magistrat Teltow zur Einsichtnahme aus. Berlin, den 10. Dezember 1932.

Der Kreisvorsitz des Kreises Teltow, von Mathusius.

Neues in Kürze

Die Fraktionen der NSDAP, die die maßgeblichen Führer der Bewegung haben Adolf Hitler, der die Organisationsleitung selbst übernimmt, ihre unentwegte Treue versichert.

In Erfurt wurde das Fortschreiten des verbotenen Rotfrontkämpfersubversivell. Bei einer überraschenden Polizeikontrolle konnten 29 Personen verhaftet werden.

Dr. Held beim Reichstanger. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held ist vom Reichstanger empfangen worden. Bei dieser Gelegenheit wurden innenpolitische Tagesfragen durchgesprochen.

Donnerstag Rundfunkrede des Kanzlers. Reichstanger von Schleicher wird das Programm der Regierung in einer Rundfunkrede am nächsten Donnerstag vortragen.

Englisch-russische Handelsvertragsverhandlungen. Ein Communique des Londoner Foreign Office meldet, der Botschafter der Communion in London habe dem Unterstaatssekretär im Foreign Office eine Note überreicht, die sich auf die Aufnahme von Verhandlungen über einen neuen englisch-russischen Handelsvertrag beziehe.

Die vorläufige Zeitung der Reichsanstalt.

In einer Vorstandsbesitzung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dürfte sich die Frage der Zeitung besprochen worden sein. Wie aus politischen Kreisen verlautet, wird nicht damit gerechnet, daß eine endgültige Ernennung eines neuen Präsidenten bevorsteht, vielmehr dürfte, solange der bisherige Präsident Dr. Eyrich das Reichsarbeitsministerium verwaltet, nur eine kommissarische Leitung der Reichsanstalt in Frage kommen. Dafür wird der Präsident des Bundesarbeitsamtes in Stuttgart, Kälin, genannt.

Bilanz der reichsgerichtlichen Krankentafeln.

Nach einer Schätzung werden sich die Gesamteinnahmen der reichsgerichtlichen Krankentafeln im Jahre 1932 auf 1208 Millionen RM — gegen 2109 Millionen RM im Jahre 1929 — belaufen, von denen 1160 Millionen RM auf die Beiträge entfallen. Die Gesamtausgaben können auf rund 1200 Millionen RM geschätzt werden. Hiernach werden sich also die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben im Jahre 1932 etwa die Waage halten.

Die deutsch-holländischen Handelsbeziehungen.

Der holländische Minister für Arbeit und Industrie, Verschuur, hat erklärt, daß bisher keine neue ämtliche Fühlungnahme mit Deutschland über die Handelsbeziehungen erfolgt sei. Jede Annäherung der Standpunkte würde jedoch von der Regierung mit Genehmigung begrüßt werden. Eine befriedigende Regelung der Beziehungen zu Deutschland stelle zwar eine schwierige Aufgabe dar, doch würde die Regierung diesem Problem die größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Der Kleine Grenzverkehr mit Polen.

Der Auswärtige Ausschuss des polnischen Sejm hat der Ratifizierung des deutsch-polnischen Abkommens über den Kleinen Grenzverkehr und den deutsch-polnischen Vertrag über die Einstellung der Tätigkeit des gemischten Schiedsgerichts zugestimmt. Die Vertreter der Nationaldemokraten haben gegen die Ratifizierung der beiden Abkommen erklärt.

Kanzlervortrag bei Hindenburg

Berlin, 12. Dezember.

Der Reichspräsident hat den Reichstanger von Schleicher zu einer Aussprache über die innenpolitische Lage empfangen. Der Reichstanger hat über die Verhandlungen des Reichstages und die Abänderung der Notverordnungen und über die Annahme des Anstaltsgesetzes Bericht erstattet. Man darf annehmen, daß auch von den Plänen der Reichsregierung für die nächste Zeit die Rede war.

Ein Mitarbeiter Stresemanns gestorben

Berlin, 12. Dezember.

Der Chefredakteur der völksparteilichen Wochenchrift „Erneuerung“, langjähriger Herausgeber der Nationalistischen Korrespondenz und vertrauter Mitarbeiter Stresemanns, Gottfried H. Rodelforn, ist im Alter von 55 Jahren an Herzschlag gestorben.

Einigung in Genf

Deutschland nimmt wieder an der Abrüstungskonferenz teil

Genf, 12. Dezember.

Die am Sonnabend von der Fünfmächte-Konferenz ausgearbeitete Erklärung, die es Deutschland ermöglicht, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, ist am Sonntag von sämtlichen fünf Mächten endgültig unterzeichnet und angenommen worden. Die eine Schreitmachinieren-Sache umfassende, in englischer Sprache abgefaßte Erklärung trägt folgende Unterzeichner: J. Ramjan MacDonald als Vorkämpfer, Norman H. Davis, John Simon, J. P. Boncour, G. von Neurath, Alois. Die Unterzeichnung erfolgte Sonntagvormittag in der Schlußsitzung der Fünfmächtekonferenz.

Auf Grund dieser Erklärung nimmt Deutschland nunmehr wieder seine Mitarbeit an der Abrüstungskonferenz auf und wird zu den für diese Woche vorgeesehenen Sitzungen des Präsidiums und des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz Vertreter entsenden.

Die Einigungsformel

Die gemeinsame Erklärung über das Ergebnis der seit dem 5. Dezember geführten Verhandlungen der fünf Mächte über die Rüstungsfrage hat folgenden Wortlaut:

1. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs und Italiens haben erklärt, daß einer der Grundzüge, die die Konferenz leisten sollen, darin bestehen muß, Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet, und daß dieser Grundzahn in dem Abkommen, das die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz enthält, verkörpert werden soll.

Die Erklärung schließt in sich, daß die Rüstungsbeschränkungen für alle Staaten in dem Ausmaß genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müssen. Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden soll.

2. Auf der Grundlage dieser Erklärung hat Deutschland seine Bereitschaft ausgesprochen, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen.

3. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens sind bereit, gemeinsam mit allen anderen europäischen Staaten feierlich noch einmal zu bestätigen, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, gegenwärtige oder künftige Streitfragen zwischen den Unterzeichnern mit Gewalt zu lösen. Dies soll einer näheren Erörterung der Frage der Sicherheit nicht vorgehen.

4. Die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens erklären, daß sie entschlossen sind, auf der Konferenz gemeinsam mit den anderen dort vertretenen Staaten darauf hinzuwirken, daß unverzüglich ein Abkommen ausgearbeitet wird, das eine wesentliche Herabsetzung und eine Begrenzung der Rüstungen herbeiführt und gleichzeitig eine künftige Revision zum Zwecke der weiteren Herabsetzung vorsieht.

Diese Einigungsformel war in der Sonnabendnachmittagsitzung der Fünfmächtekonferenz in fünfstündigen ununterbrochenen Beratungen ausgearbeitet und sofort den Kabinetten in Berlin, Paris und Rom zur Stellungnahme unterbreitet worden. Noch am gleichen Abend wurde der französische Vertreter auf der Fünfmächte-Konferenz, Kriegsminister Paul-Boncour, vom französischen Ministerpräsidenten Herriot auf Grund eines Ministerratsbeschlusses telephonisch ermächtigt, MacDonald zu erklären, daß Frankreich der Genfer Erklärung über die Wiederherstellung der Gleichberechtigung zustimmt. Die Einheitsmeinung der Fünfmächtekonferenz tritt am Sonntagvormittag ein, nachdem der Reichstanger von Schleicher durch eine telefonische Rücksprache mit dem Reichsarbeitsminister von Neurath gehabt hatte. Bald darauf traf auch die Zustimmung aus Rom ein. Im Anschluß daran erfolgte dann in Genf die Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung der Fünfmächtekonferenz. In den leitenden englischen Kreisen wird betont, daß die Formel in gleicher Weise den französischen Sicherheitswünschen wie dem deutschen Gleichberechtigungspunkt Rechnung trage. Aus der Formel soll sich nach englischer Auffassung ohne weiteres ergeben, daß der Teil V des Versailler Vertrages durch das künftige Abrüstungsabkommen ersetzt wird.

Die Bedeutung der Formel

Gleichberechtigung leitender Grundzahn für die Abrüstungskonferenz.

Der grundlegende erste Teil der Erklärung der Fünfmächte-Konferenz beruht auf der bekannten Herriot-For-

mel, jedoch ist bemerkenswert, daß in der neuen Erklärung die Gleichberechtigung nicht mehr, wie in der französischen Formel das Ziel der Abrüstungskonferenz, sondern der leitende Grundzahn ihrer Arbeiten sein soll. Zu der Feststellung, daß der Grundzahn der Gleichberechtigung in den Beschlüssen der Abrüstungskonferenz verkörpert werden soll, hat MacDonald bereits am Sonnabend eine ausführliche Erklärung abgegeben, wonach das Wort verkörpert im Sinne einer Verwirklichung des Grundzuges der Gleichberechtigung aufzufassen ist. Der Satz im zweiten Absatz des ersten Teiles, wonach die Art und Weise der Anwendung der Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden wird, entspricht den eigenen Vorschlägen Deutschlands.

Teil drei der Erklärung geht, wie erinnert, auf die Unterhausklärung des englischen Außenministers zurück; Deutschland war von Anfang an bereit diese Versicherung nunmehr zum ungefähr vierten Male abzugeben, wobei man sich darüber im klaren war, daß sich an der bisherigen Lage nichts ändert.

Teil vier soll auf die Beschlüsse der Konferenz anerkennen und steht im Zusammenhang mit den bereits erwähnten Vereinbarungen der fünf Mächte untereinander und mit dem Konferenzpräsidenten über gemeinsame Beratungen im Laufe der Abrüstungskonferenz.

Durch das Abkommen ist zweifellos erreicht, daß das Prinzip der Gleichberechtigung anerkannt worden ist, und zwar für alle Arbeiten der Konferenz und in allen ihren Stadien. Selbstverständlich ist es Deutschland frei, wenn künftig das Prinzip der Gleichberechtigung bekräftigt oder in künftigen Einigungen nicht anerkannt werden sollte, die Konferenz zu verlassen.

Das Abkommen kann naturgemäß keine Gewähr dafür bieten, daß bei der Bewirklichung seiner Grundzüge nicht Schwierigkeiten entstehen. Deutschland würde sich aber in heranziehenden Fällen in der günstigsten Lage befinden, eine flagrante Verletzung getroffener Vereinbarungen festzustellen, und auch, wenn die Konferenz künftig aus dem einen oder anderen Grunde scheitern sollte, würden die heutigen Beschlüsse eine für Deutschland sehr wertvolle moralische Bedeutung erhalten, da es politisch unmöglich wäre, die heute festgelegten Grundzüge wieder zu ungunsten Deutschlands zu revidieren.

Abreise Neuraths und MacDonalds

Den Abschluß dieser Konferenz bildete ein Dinner, zu dem MacDonald die Teilnehmer eingeladen hatte. Freiherr von Neurath hat im Laufe des Sonntags Genf verlassen. Auch MacDonald ist nach London zurückgekehrt.

Beschleunigung der Konferenz

Neue Fünferkonferenz bei auftauchenden Schwierigkeiten.

Genf, 12. Dezember.

Die gemeinsame Erklärung der fünf Mächte, deren englischer Text maßgebend ist, wurde in fünf Exemplaren unterzeichnet. Ein weiteres Exemplar wurde dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Herndon, übergeben der nach der Unterzeichnung auf Antrag MacDonalds zu einer kurzen Aussprache über die weitere Gestaltung der Konferenzarbeiten hinzugezogen wird.

Dabei wurde entsprechend einer Anregung des englischen Premierministers vereinbart, daß die fünf Mächte sich während der Konferenz jeweils zusammenfinden sollen, wenn es sich darum handelt, entstehende Schwierigkeiten zu überwinden und damit den Gang der Arbeiten zu beschleunigen.

Ein französischer Antrag, außer den Vertretern der beteiligten Mächte auch noch den Berichterstatter des Hauptauschusses Dr. Bernold zu diesen periodischen Beratungen hinzuzuziehen wurde abgelehnt.

Pariser Presseecho

Die in Genf von den Vertretern der fünf Mächte beschlossene Erklärung zur Gleichberechtigungsfrage wird

vom „Temps“

begrüßt, weil damit die Abrüstungskonferenz aus der Sachlage frei und Deutschland vorangetrieben werde, wieder an den Konferenzarbeiten teilzunehmen. Die Erklärung könne als Verhandlungsgrundlage gelten. Sie sei keine Abklärung, aber auf alle Fälle ein Kompromiß. — Ganz im Gegensatz zum „Temps“ läßt

das „Journal des Debats“ an dem in Genf abgeschlossenen Kompromiß kein gutes Haar. Nachdem man bisher immer Drohungen ausgesprochen habe, habe man zuguterletzt Deutschland die Gleichberechtigung grundsätzlich zugestanden unter völlig unklaren Bedin-